



PRESSEDIENST

Niederkirchnerstraße 5
D-10111 Berlin
Fon (030) 23 25 24 50/51
Fax (030) 23 25 24 09

pressestelle@gruene-fraktion-berlin.de
www.gruene-fraktion-berlin.de

Datum

10.07.2009

Nummer

Thema

Verkehr/Sondersitzung

Redaktion

-msh-

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat heute bei Parlamentspräsident Momper gemeinsam mit CDU und FDP eine Sondersitzung des Verkehrsausschusses zu den Konsequenzen aus der katastrophalen S-Bahnentwicklung beantragt.

Dazu erklären **Franziska Eichstädt-Bohlig**, Fraktionsvorsitzende und **Claudia Hämmerling**, verkehrspolitische Sprecherin:

Sondersitzung des Verkehrsausschusses zur S-Bahn beantragt

Der Regierende Bürgermeister und die Senatorin für Stadtentwicklung müssen endlich Stellung zum S-Bahnchaos beziehen. Sie müssen Auskunft darüber geben, mit welchen Maßnahmen sie die BerlinerInnen wirkungsvoll und dauerhaft vor weiteren Sicherheitsrisiken durch die Berliner S-Bahn schützen wollen. Die Zuschusskürzung von sieben Millionen Euro reicht bei weitem nicht aus.

Wir erwarten von der Bahn und dem S-Bahnmanagement Aufklärung darüber, wie die aufgetretenen Sicherheitsmängel und Ausfälle schnellstmöglich dauerhaft beseitigt werden. Hierzu bitten wir den neuen S-Bahnvorstand Peter Buchner, den DB-Vorstand Ulrich Homburg und den VBB-Chef Hans-Werner Franz zur Anhörung. Die Stadt hat Anspruch auf Informationen, welche Vorgaben der Bahn zur beispiellosen Sparorgie bei der S-Bahn geführt hatten.

Wir beantragen dazu die Beratung der Anträge zur Durchsetzung der S-Bahnvertrages bzw. dessen Kündigung, sowie zur Fahrgastentschädigung (Ds. 16/2281 und 16/2282). Diese waren von Rot-Rot abgelehnt worden.

Wegen der akuten Sicherheitsmängel fordern wir die sofortige außerordentliche Kündigung und umgehende Neuverhandlung des bestehenden S-Bahnvertrages. Berlin braucht endlich wieder einen sicheren und geordneten S-Bahnverkehr. Hilfsweise muss der Senat nach einer Frist wegen Nichterfüllung des Vertrags kündigen und vorzeitig neu ausschreiben. Nur so kann Berlin den S-Bahnverkehr gegenüber den überzogenen Gewinnerwartungen der Bahn schützen und weiteren Schaden von Fahrgästen und Berliner SteuerzahlerInnen abwenden.